

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 181. Ratssitzung vom 15. Dezember 2017

3589. 2017/311

Weisung vom 13.09.2017:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2018 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 180, Beschluss-Nr. 3589/2017)

Beschlüsse:

SICHERHEITSDEPARTEMENT

Antrag 061.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stephan Iten (SVP): Im März 2017 wurde das automatische Parkbussen-Ausstellpostulat dem Stadtrat überwiesen. Bereits einen Monat später hat man für den Vorstoss einen Zusatzkredit von 90 000 Franken für eine App gefordert. Wir haben damals schon angezweifelt, ob dies überhaupt legal ist. Jetzt sind wieder 500 000 Franken für den Vorstoss budgetiert. Im Postulat steht, der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten, wie die bargeldlose Bezahlung von Parkgebühren vereinfacht werden kann. Dabei sind auch Synergien mit der Kontrolle ruhender Verkehr zu prüfen. Der Stadtrat wird aufgefordert einen Bericht zu erstatten, nicht schon ein Projekt auszuarbeiten. Den Bericht haben wir bis heute noch nicht gesehen. Wir haben keine Ahnung, was der Stadtrat vor hat und ob es überhaupt dem entspricht, was man sich vorgestellt hat. Zuerst wollen wir den Bericht sehen und diesen dann entweder zur Kenntnis nehmen oder ablehnend zur Kenntnis nehmen und dann können wir Geld für die Ausführung budgetieren. Wir wollen aber nicht jetzt schon Geld ausgeben für etwas, das der Stadtrat noch nicht einmal beantwortet hat. Deshalb streichen wir aus dem Budget 180 000 Franken auf dem Konto 3180, 200 000 Franken auf dem Konto 3189 und 100 000 Franken auf dem Konto 3910.

Florian Utz (SP): Die RPK-Mehrheit findet die Möglichkeit des bargeldlosen Bezahlers sinnvoll. Das Projekt sollte man umsetzen. Auf dem ersten genannten Konto sind es eigentlich 75 000 Franken und nicht nur 20 000 Franken. Wir wollen die anfallenden Kosten bewilligen.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Warum wehrt sich die SVP gegen die Modernisierung ihres Systems, nämlich des Parkierens in der Innenstadt und will weiterhin an ihrer Karte festhalten, die seit Jahren niemand verwendet hat?

Stephan Iten (SVP): Wir sind nicht gegen das bargeldlose Bezahlen, aber gegen die Synergien mit der automatischen Parkkontrolle. Wir wissen schon um die 75 000 Franken, aber 20 000 Franken hatten wir jährlich auf diesem Konto, deshalb streichen wir nicht alles.

S. 198	25 2505 3180 0000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Parkgebühren Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
061.	Antrag Stadtrat				200 000	Mehrheit
			180 000		20 000	Minderheit
			Begründung:	Bericht über Vereinfachung der bargeldlosen Bezahlung (GR Nr. 2016/342) abwarten		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 062.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stephan Iten (SVP): Auf dem Konto waren ab 2014 jährlich 450 000 Franken eingestellt. Dass jetzt wegen der höheren Parkgebühren die Münzverarbeitung 100 000 Franken mehr kosten soll, wurde in der Abstimmung mit keinem Wort erwähnt. Man hat immer nur von den zwei Millionen Franken Mehreinnahmen geschwärmt. Wenn man das Budgetbuch genauer anschaut, sieht man, dass allein für die Bewirtschaftung der Parkuhren ein Mehraufwand von einer Million Franken budgetiert wird. Immer mit der Begründung der höheren Parkgebühren. Da aber vom Stadtrat fast täglich Parkplätze abgebaut werden, fallen dort die Münzverarbeitungen schon einmal weg. Zudem setzt man immer mehr auf das bargeldlose Bezahlen. Auch dort gibt es also

weniger Aufwand für die Münzverarbeitung. Bisher waren 450 000 Franken ausreichend, wir sind davon überzeugt, dass dies auch 2018 so sein wird.

Florian Utz (SP): Mit der letzten Volksabstimmung gab es auch eine Erweiterung des Gebiets, wo Parkgebühren entsprechend anfallen. Deshalb ist der Aufwand grösser. Es wurde argumentiert, dass die Kosten billiger werden würden, wenn mehr bargeldlos gezahlt wird. Diese Option wird nicht ab Januar 2018 eingeführt, sondern erst später, und ist für das Budget 2018 noch nicht wirksam. Es ist auch so, dass das Teure beim Einsammeln der Münzen primär die Arbeit für den Weg ist. Dieser fällt sowieso an, ob man jetzt 300 oder 400 Franken aus der Parkuhr entnimmt. Deshalb gibt es hier keine Vergünstigung. Wir sind für das bargeldlose Bezahlen, dies jedoch aufgrund eines Komfortgewinns für die Bevölkerung und nicht wegen angeblicher tieferer Kosten, die gar keine sind.

S. 198	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2505	Parkgebühren				
	3180 0105	Entschädigung an VBZ für Münzgeldverarbeitung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
062.	Antrag Stadtrat				550 000	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			100 000		450 000	Minderheit
						Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung: Bargeldlos zahlen = weniger Münzgeldverarbeitung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

beiden Dienstabteilungen anhäufen sollen. In einer Mitteilung des Sicherheitsdepartements stand, dass man mit drei Millionen Franken gut auskommen könnte, wenn die Einnahmen durch Parkgebühren etwa bei fünfzehn oder sechzehn Millionen Franken liegen würden. Das ist ein vernünftiger Betrag, um Schwankungen aufzufangen, ohne dass plötzlich Stadtrat Wolff, weil er in die Unterdeckung gerät wie aktuell bei den Stadtspitälern, Zinsen an Stadtrat Leupi zahlt. Ab 2019 gilt ein neues Rechnungsmodell, das aus den geschlossenen Rechnungskreisen Eigenwirtschaftsbetriebe macht. Die neuen Vorgaben sehen auch vor, dass die Grundlagen für die Gebührenbestimmung transparent ausgewiesen werden muss. Insbesondere eine allfällige Abführung an die Stadtkasse muss dauerhaft, stabil und transparent ausgewiesen werden. Die RPK nimmt dies zum Anlass, um bei beiden Rechnungskreisen die Spezialfinanzierungen auf drei Millionen Franken festzusetzen. Dies, damit dort nicht langfristig Geld entnommen wird. Bei den Parkgebühren sollen zwei Millionen Franken abgeschöpft werden und bei der Blauen Zone sechs Millionen Franken. Das ist ein Einmalgewinn, der nicht in die langfristige Finanzierung der Stadt fliesst, der für uns aber im Hinblick auf den Wechsel zum Harmonisierten Rechnungsmodell 2 (HRM2), der neuen Rechnungslegung für Betriebsrechnungen, sinnvoll ist. Zudem scheint es uns auch der richtige Zeitpunkt zu sein, um für die beiden gleich gelagerten Rechnungskreise transparente Rechtsgrundlagen zu schaffen. Diese entsprechen dem Wunsch der SVP nach einer transparenten Begründung der erhobenen Gebühren und Vergütungen an andere Dienstabteilungen. Zudem wird transparent dargelegt und über einen Gemeinderatsbeschluss festgelegt, wieviel Einnahmen in die Stadtkasse fliessen. So, dass ein dauerhafter Betrieb entsteht, ohne dass man Jahr für Jahr in der Budgetdebatte lange darüber diskutieren muss. Dann gibt es eine gesetzliche Grundlage, die Gebühren sind transparent und die Budgetdebatte wird beschleunigt. Deshalb bitte ich darum, sowohl den Entnahmen, die die RPK einstimmig beantragt, als auch dem Postulat zuzustimmen, damit man die Fragen ein für allemal mit einem Beschluss über die Verordnungen beantworten kann.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Wir sind noch in der Enthaltung, weil uns vom Sicherheitsdepartement gesagt wurde, dass auch zukünftig Entnahmen möglich sein werden. Deshalb sind wir nicht ganz überzeugt und bleiben vorerst in der Enthaltung.

Florian Utz (SP): Wir stimmen den beiden Anträgen der AL zu und stellen auch beim Postulat keinen Ablehnungsantrag. Aus unserer Sicht ist das Problem nicht ganz so prekär, wie es die AL geschildert hat. Die heutige Regelung funktioniert. Aus Sicht der SP kann man die Beträge in die Verordnung aufnehmen, muss aber nicht das Rad neu erfinden. Man kann mit der bewährten Lösung weiterarbeiten. Auch die Gebührenerhöhung sollte nicht geändert werden. Sie wurde vom Volk so entschieden und hat Gültigkeit. Wenn der Stadtrat diese Punkte jedoch neu in der Verordnung festhalten will, gibt es von unserer Seite her keinen Grund, weshalb man das nicht machen sollte.

Michael Baumer (FDP): Auch die FDP stimmt dem Antrag zu. Wir sind klar der Meinung, dass man nicht Reserven anhäufen sollte, nur damit man Reserven angehäuft

7 / 38

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 101 gegen 0 Stimmen (bei 22 Enthaltungen) zu.

Antrag 067.

S. 198	25 2505 3910 0000	SICHERHEITSDÉPARTEMENT Parkgebühren Vergütung an OIZ für IT-Leistungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
067.	Antrag Stadtrat				100 000	Mehrheit
			100 000		0	Minderheit
			Begründung: Bericht über Vereinfachung der bargeldlosen Bezahlung (GR Nr. 2016/342) abwarten			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 068.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Derek Richter (SVP): Die Minderheit schlägt eine Verbesserung von 2,6 Millionen Franken vor. Bis dato hatten wir von 2014 an jährlich immer knapp 6,7 Millionen Franken auf dem Konto eingestellt. Uplötzlich soll, ohne dass ein einziger zusätzlicher Parkplatz geschaffen wurde, der Aufwand auf 7,6 Millionen Franken erhöht werden. Wir bitten darum, mit der Minderheit zu stimmen.

Florian Utz (SP): Die Mehreinnahmen, die die SVP erwähnt, gibt es auch. Es gibt gleichzeitig auch mehr Aufwand, weil es mehr Parkplätze gibt, die man laut der neuen Verordnung entsprechend kontrollieren muss. Die Mehrheit hält es für korrekt, dass man die Gelder der Stadtpolizei zahlt. Der Antrag verbessert nicht das Budget der Stadt um 2,6 Millionen Franken, es wird um 2,6 Millionen Franken verschlechtert. Wir haben einen geschlossenen Rechnungskreis. Der geschlossene Rechnungskreis ist nicht

rechnungsrelevant. Hingegen hat die Stadtpolizei dann ein Budget, das um 2,6 Millionen Franken schlechter ist. Entweder müsste man als Folge des Antrags eine zusätzliche Entnahme machen oder man müsste bei der Stadtpolizei 2,6 Millionen Franken sparen und kürzen. Dann würde man auf Kosten der Sicherheit der Bevölkerung kürzen. Das möchte die Mehrheit nicht.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Es stimmt nicht, dass in letzter Zeit keine Parkplätze geschaffen wurden. Am Bahnhof Oerlikon wurde eine Brücke verbreitert und der Tiefbauvorsteher hat sechs Taxi-Abstellplätze und sechs weisse Parkplätze mit Parkuhren eingezeichnet.*

Derek Richter (SVP): *Man kann gerne probieren, das eigene Auto auf die Taxi-Parkplätze zu stellen. Doch es bleibt vermutlich nicht lange dort stehen.*

Stephan Iten (SVP): *Wenn man bei der Stadtpolizei 2,6 Millionen Franken streicht, fehlt es danach nicht an der nötigen Sicherheit. Man hat nur weniger Geld zur Verfügung, um die Parkplätze zu kontrollieren.*

S. 199	25 2505 3980 0361	SICHERHEITSDÉPARTEMENT Parkgebühren Vergütung an Stadtpolizei für Parkuhrenkontrolle				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
068.	Antrag Stadtrat				7 600 000	Mehrheit
			2 600 000		5 000 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangi- nes (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung:	Bei der Abstimmung war von Mehreinnahmen die Rede, nicht von Mehraufwand		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 069.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Derek Richter (SVP): Wir haben jedes Jahr Sonderaufwand, seit 2014 jeweils 700 000 Franken. Diesmal sind es 900 000 Franken. Die Begründung: Es handelt sich um Schätzungen gemäss Erfahrungswerten. Dies auch wieder in einem geschlossenen Rechnungskreislauf. Wir schlagen eine Verbesserung von 150 000 Franken vor, beziehungsweise keine Verbesserung, sondern wieder zurück auf die 750 000 Franken, die wir jedes Jahr hatten, plus noch einen kleinen Bonus von 50 000 Franken.

Florian Utz (SP): Auch da beantragt die Minderheit eine Verschlechterung des Budgets 2018, welche die Mehrheit aus Gründen, die schon erläutert wurden, nicht für sinnvoll hält.

S. 199	25 2505 3980 0365	SICHERHEITSDEPARTEMENT Parkgebühren Vergütung an Dienstabteilung Verkehr für Abgeltung von Sonderaufwand				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
069.	Antrag Stadtrat				900 000	Mehrheit
			150 000		750 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP) Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Weniger Entschädigung an Dienstabteilung Verkehr			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 070., 071 und 072.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Derek Richter (SVP): Wir sehen bei allen drei Anträgen eine Verbesserung durch weniger Entschädigung an die Dienstabteilung. Wir haben beim Antrag 070. 26 Personen, die sich auf 100 % 22 Arbeitsplätze teilen, das sind Kosten von 200 000 Franken pro Mitarbeitenden. Wir haben dort jedes Jahr 4,5 Millionen Franken budgetiert. Dort ist eine Kürzung im Sinne einer Effizienzsteigerung möglich, ohne Abbau von Sicherheit.

Florian Utz (SP): Auch bei der blauen Zone ist die klare RPK-Mehrheit der Meinung, dass es nicht sinnvoll ist, wenn man der Dienstabteilung die anfallenden Kosten nicht entschädigt. Die anfallenden Kosten sollen Verursachergerecht getragen werden, weshalb wir um die Ablehnung der drei Anträge bitten.

S. 199	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2505	Parkgebühren				
	3980 0367	Vergütung an Stadtpolizei für Ordnungsbussen-Administration				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
070.	Antrag Stadtrat				4 500 000	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			500 000		4 000 000	Minderheit
						Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung: Weniger Entschädigungen an Dienstabteilungen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 071.

Wortmeldungen siehe Antrag 070.

S. 199	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2505	Parkgebühren				
	3980 0565	Vergütung an ERZ, Stadtreinigung für Reinigung der Parkplätze				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
071.	Antrag Stadtrat				320 000	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

11 / 38

320 000

0 Minderheit

Stefan Urech (SVP)
Referent, Peter Schick
(SVP)

Begründung: Weniger Entschädigungen an Dienstabteilungen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 072.

Wortmeldungen siehe Antrag 070.

S. 201	25 2506 3980 0366	SICHERHEITSDEPARTEMENT Blaue Zonen Vergütung an Dienstabteilung Verkehr für Abgeltung von Sonderaufwand				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
072.	Antrag Stadtrat				2 100 000	Mehrheit
			1 100 000		1 000 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

Begründung: Weniger Entschädigungen an Dienstabteilungen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 073.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stephan Iten (SVP): Von 2009 bis heute hat die Anzahl der zur Verfügung stehenden Parkplätze in der Stadt immer mehr abgenommen. Für 2017 liegen noch keine Zahlen vor, aber es werden sicherlich wieder weniger Parkplätze sein. Dafür werden aber auf diesem Konto in den Rechnungen jedes Jahr mehr Einnahmen generiert. Nun sind wieder 300 000 Franken Mehreinnahmen budgetiert, man verkauft abermals mehr Parkkarten, als Parkplätze zur Verfügung stehen. Heute ist bereits jeder blaue Parkplatz

total überbucht. Die Stadt verkauft eine Dienstleistung, die gar nicht erfüllt wird. In der Parkplatzverordnung steht, dass zwar eine Parkkarte erworben werden kann, aber das mit dem Erwerb einer solchen Parkkarte kein freier Parkplatz garantiert werden kann. Wir wollen mit unserer Kürzung nicht der Stadtkasse schaden, wir wollen lediglich die Mehrverkäufe von Parkkarten für nicht genügend vorhandene Parkplätze wieder ein wenig besser regulieren. Weniger Parkplätze, weniger Parkkartenvergaben. Mehr Parkplätze, höhere Parkkartenvergaben. Will man wieder höhere Erträge auf diesem Konto, muss man wieder mehr Parkplätze zur Verfügung stellen. Wir fordern eine Rückkehr zum Budget 2017 und den Mehrertrag von 300 000 Franken aus dem Konto zu streichen.

Florian Utz (SP): *Es stimmt, dass die Anzahl der Parkplätze in der Blauen Zone abnimmt. Der Grund ist der, dass bei Ersatzneubauten die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer in den Tiefgaragen die entsprechende Anzahl Parkplätze zur Verfügung stellen müssen. Dadurch entstehen momentan massiv mehr Parkplätze. Die Idee ist, die Blauen-Zone-Parkplätze abzubauen, wenn dafür unterirdisch auf dem Grundstück der Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer Parkplätze entstehen. Das ist systembedingt und so gewollt. Der Faktor sollte sogar 1:1 sein, das ist momentan nicht der Fall. Persönlich könnte ich mir vorstellen, dass man weniger Tagesbewilligungen verteilt oder teurere Tagesbewilligungen anbietet. So dass primär für Anwohnerinnen und Anwohner mit einer Ganzjahreskarte die Parkplätze zur Verfügung stehen und erst sekundär für diejenigen, die extern in die Stadt kommen. Doch all das funktioniert nicht ab Januar 2018, denn das vorliegende Budget gilt für 2018. In diesem Budget können die Mindereinnahmen noch nicht realisiert werden, denn die momentane Regelung sieht vor, dass man bequem eine Tagesbewilligung kaufen kann.*

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): *Die Auswirkung der geforderten Massnahme ist eine Rationierung von Blauen-Zonen-Karten und das ist sicher nicht das, was man will.*

Stephan Iten (SVP): *Wir finden es einfach nicht fair, dass man eine Parkkarte kaufen muss und dann keinen Parkplatz findet. Man sollte reguliert Parkkarten verkaufen und nicht jedes Jahr mehr. Grundsätzlich entscheidet die Fluktuation über die Anzahl der Parkkarten. Wir wollen aber nicht, dass dermassen viele Karten verkauft werden, die Parkplätze ständig überbucht sind und man immer weniger Parkplätze zur Verfügung hat, obwohl man für die Parkkarte Geld gezahlt hat.*

Walter Angst (AL): *Ich kaufe jedes Jahr eine Badi-Karte, die immer gleich teuer ist. Doch je heisser es wird, desto weniger Platz finde ich dort. Ich kann gar nicht mehr in die Badi gehen.*

Stefan Urech (SVP): *Mit dem kleinen Unterschied, dass die meisten das Auto benötigen, um zur Arbeit zu fahren und man in seiner Freizeit in die Badi geht.*

Derek Richter (SVP): Die AL hat mit ihrem Votum zugegeben, dass wir unter einer Masseneinwanderung leiden. Wir machen bei dem systematischen Betrug nicht mit.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Es gibt keinen systematischen Betrug, denn man hat kein Menschenrecht auf einen öffentlichen Parkplatz in der Stadt. In Zürich gibt es mehr als genug Parkplätze. Man muss einfach bereit sein, einen fairen Preis dafür zu zahlen und nicht von den Subventionen der Stadt zu leben, indem man einen billigeren Parkplatz zur Verfügung gestellt bekommt. Man kann einen normalen Parkplatz zu einem normalen Preis mieten, aber man hat kein Anrecht auf einen subventionierten, blauen Parkplatz.

S. 201	25 2506 4340 0222	SICHERHEITSDEPARTEMENT Blaue Zonen Parkkartengebühren				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
073.	Antrag Stadtrat				-16 500 000	Mehrheit
				300 000	-16 200 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung:	Parkkartenvergabe soll dem effektiven Angebot angepasst werden		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 074.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Matthias Probst (Grüne): Unsere Kürzung um 100 000 Franken auf dem Konto für den Stellen-Etat bei der Stadtpolizei ist relativ sanft. Insgesamt sind über 200 Millionen Franken eingestellt. Wir sind nicht damit einverstanden, dass die Stadtpolizei weiterarbeitet wie bisher, obwohl sich viele Sachverhalte geändert haben. Konkret ist es so, dass man seit einem Jahr den Besitz von Cannabis nicht mehr büssen muss und dadurch weniger Aufwand anfällt. Man muss Cannabis auch nicht mehr einziehen. Auf Anfrage wurden 2014 von der Stadtpolizei fünfzig Stellenwerte

ausgewiesen, die sich mit Drogenkriminalität und Kleinkriminellen beschäftigen. Dies generiert Kosten von 7,5 Millionen Franken. Doch von dieser Zahl sind wir weit entfernt. Es ging dabei nicht nur um Cannabis, sondern um alle Drogen. Es müssten also sehr viel mehr Stellenprozente bei der Stadtpolizei ausgewiesen werden. Wir haben daraufhin 2016 noch eine Anfrage gestellt. Wir wollten wissen, ob die Stadt nach dem ersten Bezirksgerichtsentscheid ihre Praxis ändern würde. Dies wurde vom Stadtrat verneint. Erst nachdem das Bundesgericht entschieden hatte, wurde auch die Stadtpolizei in Bewegung versetzt. Laut meiner Information konfisziert die Stadtpolizei aber weiterhin Cannabis. Man macht sich also Arbeit, die nicht gemacht werden muss. Wir reden nicht von einzelnen Polizisten, die den ganzen Tag nur Hanfkonsumierende jagen. Die Stadtpolizei führt die Kontrollen während des laufenden Betriebs durch. Offenbar haben also viele Polizisten trotz ihrer anderen Aufgaben noch genügend Kapazitäten, um die Kontrollen durchzuführen. Nach wie vor wird Konsumenten ihr Cannabis weggenommen und überproportional viele werden angezeigt, die beim Rauchen erwischt werden. Man sollte in der Stadt generell eine lockerere Handhabung in Angriff nehmen. Wir befürworten eine Praxisänderung, so dass nicht länger alle Kleindealer und Kleinkonsumenten wie Kriminelle behandelt werden. Aus diesem Grund möchten wir zwei Stellen streichen. Langfristig kann man sicherlich sehr viel mehr Ressourcen freisetzen, weil wirklich eine massive Praxisänderung bei der Stadtpolizei notwendig ist.

Stefan Urech (SVP): Die Mehrheit lehnt den Antrag ab. Wir haben bei der Stadtpolizei nachgefragt. 2016 gab es 1863 Anzeigen gegen Cannabis-Raucher, also täglich fünf Anzeigen. Wenn man das Gefühl hat, dass zwei Polizisten nicht mehr machen als fünf Cannabis-Anzeigen täglich, zeugt dies von einem mangelnden Respekt gegenüber der Arbeit, die die städtischen Angestellten jeden Tag leisten. Uns wurde gesagt, dass bereits jetzt keine gezielte Jagd auf Cannabis-Raucher gemacht wird. Die meisten Anzeigen werden en passant gemacht. Wenn man den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) aufmerksam studiert und die verschiedenen Departemente, stellt man fest, dass für die nächsten vier Jahre fast alle Personalbestände und Kosten in allen Departementen steigen. Fragt man nach, warum immer mehr Geld benötigt wird, heisst es, weil die Bevölkerung wächst. Das Sicherheitsdepartement ist im AFP immer noch mit dem gleichen Betrag ausgewiesen. Alles darf also mehr kosten, ausser die Sicherheit. Doch auch dort gibt es neue Aufgaben. Ende Februar werden in Zürich drei Derbys hintereinander stattfinden. Hooliganismus und Fussballgewalt ist ein Thema, das auch Zürich immer mehr betrifft. Die zwei Stellen benötigen wir in der Stadt.

Weitere Wortmeldungen:

Stephan Iten (SVP): Augenscheinlich macht es mehr Sinn, zwei Stellen mehr für die Cannabis-Kontrolle zu schaffen. Die Begründung, dass die Kontrollen bei kleinen Mengen Cannabis nicht mehr nötig sind, ist an den Haaren herbeigezogen. Woher soll man ohne Kontrolle wissen, ob jemand mit einer Kleinmenge oder doch mit einer grösseren Menge Cannabis unterwegs ist? Im ganzen Budget kämpft man vehement um jede einzelne Stelle in der Verwaltung, aber wenn es darum geht, die Menschen in der Stadt vor Drogen zu schützen, will man zwei Stellen abbauen.

Andreas Egli (FDP): Wenn man für eine Legalisierung und für eine Liberalisierung von Drogen ist, darf man nicht vergessen, dass dann der Jugendschutz umso wichtiger wird. Deshalb lehnen wir die Reduktion der zwei Stellen ab. Zudem hoffen wir, dass der Stadtrat vielleicht seine Prioritäten so setzt, dass die Kräfte nach Möglichkeit vor allem im Jugendschutz eingesetzt werden.

Christina Schiller (AL): Die AL-Fraktion ist der Meinung, dass die Ressourcen der Stadtpolizei falsch eingesetzt werden, wenn man Personen wegen Cannabis-Konsum kontrolliert. Wir sind auch klar der Meinung, dass man aufhören soll, den Cannabis-Konsum zu kriminalisieren. Über die Symbolwirkung ist sich die Fraktion aber uneinig. Wir finden, es soll etwas anderes gemacht werden. Ob aber der von den Grünen vorgeschlagene Weg der richtige ist, wird hinterfragt. Deshalb werden einige von uns zustimmen und andere nicht.

Florian Utz (SP): Wir lehnen den Antrag der Grünen ab. Bei den Frontpolizistinnen und Frontpolizisten der Stadtpolizei hat die SP in den letzten Jahren jede Erhöhung und jede Senkung abgelehnt. Es stimmt, dass in punkto Cannabis gewisse Aufgaben entfallen. Auch stimmt, dass die Kriminalitätsrate in den letzten Jahren deutlich gesunken ist und deshalb weniger Aufgaben anfallen. Gleichzeitig ist es aber so, dass es andere Bereiche gibt, wo die Stadtpolizei mehr machen soll und muss. So beispielsweise bei der Problematik Gewalt im Ausgang oder auch in Zusammenhang mit Sportveranstaltungen. Die Reduktion und die Mehraufgaben gleichen sich aus. Zudem möchten wir die Stadtpolizei nicht dafür bestrafen, dass es ihr gelungen ist, die Kriminalität zu senken. Deshalb erscheint es uns nicht sinnvoll, Stellen bei den Frontpolizistinnen und Frontpolizisten zu kürzen.

Derek Richter (SVP): Das Bundesgericht hat einen weisen Entscheid getroffen, denn Cannabis ist keine weiche Droge mehr. Früher hatte man noch einen THC-Gehalt von 4 % bis 5 %. Vermutlich durch Gentechnik beeinflusst, haben wir heute einen THC-Wert von über 20 %. Cannabis ist somit eine hochgefährliche Droge und keine Einstiegsdroge mehr.

Matthias Probst (Grüne): Es ist ein Problem, dass der THC-Wert gestiegen ist. Vielleicht sollte man gar nicht erst auf zehn Gramm beschränken, sondern Cannabis generell liberalisieren, damit der Wert nicht steigt. Jetzt versucht man möglichst viel THC in zehn Gramm zu pressen, was ich auch nicht gut finde. 20%-Werte sind da noch tief, heute wird mit 30 % gehandelt. Mit dem Antrag sollte ein klares Signal in Richtung Stadtpolizei gesendet werden, über eine Praxisänderung nachzudenken. Alle Parteien, ausser der SVP, stimmen einer solchen Praxisänderung zu. Wir werden uns sicher bei Gelegenheit auch bei einem gemeinsamen Antrag finden, der diese Strategie klarer formuliert. Wenn es nach mir ginge, würde man nicht nur beim Cannabis so vorgehen. Ich finde es generell keine gute Idee, Drogen zu kriminalisieren, in der Stadt aber auch sonst auf der Welt. Das hat immer nur zu Problemen geführt. Doch vielleicht wäre es eben gar nicht so ein grosses Problem, wenn man nur repressiv dagegen vorgehen will.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: *Die SVP hat recht, es sind tatsächlich nur fünf tägliche Kontrollen aufgrund von Übertretungen. Und es ist wirklich so, dass ein Polizist mehr arbeitet als nur fünf Cannabis-Kontrollen am Tag durchzuführen.*

S. 203	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3010 0000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
074.	Antrag Stadtrat				216 221 000	Mehrheit
			100 000		216 121 000	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Reduktion um 2 Stellen. Gemäss neuer Rechtslage keine Kontrollen und Verzeigungen bei Kleinmengen Cannabis nötig			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 19 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) zu.

Antrag 075.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): *Es ist bei weitem nicht nur das Sicherheitsdepartement, das kein Stellenwachstum aufweist. Von insgesamt neun Dienstabteilungen zeigen zwei ein grösseres und eine ein leichtes Stellenwachstum. Die zwei grösseren Dienstabteilungen sind die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) und die Schulverwaltung. Die anderen Abteilungen sind stabil. Wir haben anfangs intensiv diskutiert, wie man mit den Stellenschaffungen verfahren soll. Wenn in einer Dienstabteilung mit knapp 1913 Stellen jemand zusätzliches für die Prävention benötigt wird, kann diese Stelle kompensiert werden. Nicht bei den Frontpolizisten, sondern anderswo. Es gibt durchaus gewisse Tätigkeiten, die man reduzieren kann. Auch bei der Stadtpolizei sollte man versuchen, mit dem jetzigen Bestand bei besserer Sicherheit auszukommen. Deshalb beantragen wir, 100 000 Franken im Budget zu reduzieren. Die Stelle soll zwar besetzt, jedoch kompensiert werden.*

Stefan Urech (SVP): Im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) sieht man die geplanten Budgets für die nächsten Jahre. Vielleicht habe ich mich mit dem Personalbestand geirrt. Aber die geplanten Budgets steigen überall, ausser beim Sicherheitsdepartement. Wir haben uns eingehend damit befasst, was das Kommissariat für Prävention von digitaler Kriminalität in Schulen genau macht. Es ist vielleicht mehr Information als eigentliche Prävention, die die Polizisten in den Schulen leisten. Doch auf jeden Fall ist es eine wichtige Aufgabe. Cybermobbing ist ein ernstes Thema. Man kann das Problem zwar nicht durch Prävention verhindern. Doch es passiert schnell, dass ein Jugendlicher etwas ins Internet geladen hat, was er nicht mehr rückgängig machen kann und damit eine Kettenreaktion auslöst. Dann ist es wichtig, dass die Jugendlichen und Eltern wissen, an wen sie sich wenden können und was sie in einem solch komplexen Fall machen müssen. Deshalb lehnt die Mehrheit den Kürzungsantrag ab.

Weitere Wortmeldung:

Shaibal Roy (GLP): Wir haben uns zusammen mit der CVP noch enthalten. Nun werden wir aber aus der Enthaltung heraus zur Mehrheit wechseln. Das Phänomen Cybermobbing ist höchst aktuell. Der böse Mann lockt heute die Kinder nicht mehr auf der Strasse mit Süssigkeiten. Die Kinder und Jugendliche sind tagtäglich der digitalen Um- und Unterwelt ausgesetzt. Diesem Problem muss durch Prävention entgegengewirkt werden. Die Eltern können diese Aufgabe nicht alleine bewältigen, sie benötigen professionelle Unterstützung. Wir fragen uns jedoch, ob dafür eine neue Stelle geschaffen werden soll oder aber eine Stellenübertragung ausreicht. Auch rückblickend und nicht nur vorausblickend hat die Stadtpolizei sich dem Stellenplafonds sehr stark angenähert. Wir haben durch einen Antrag schon zehn Stellen in der Verwaltung gestrichen. Wir wollen nicht nochmals spezifisch eine zusätzliche Kompensation auf dem Konto schaffen.

Florian Utz (SP): Wir befürworten die Stellenschaffung. Wir sind uns alle einig, dass man im Bereich Prävention an Schulen mehr machen muss. Die Frage dreht sich nur darum, ob man eine zusätzliche Stelle schafft oder eine stellenneutrale Lösung bevorzugt. Das würde heissen, dass man bei den Frontpolizistinnen und Frontpolizisten eine Stelle abbauen müsste. Wir sind jedoch dort gegen einen Abbau. Wir sind irritiert, dass die SVP in ihrem Eintrittsvotum bekundete, dass die linken Parteien gegen die Sicherheit sind. Jetzt stehen wir in der Fahne als einzige Partei neben der SVP. Auch wir sind für die Sicherheit.

Stefan Urech (SVP): Die linksgerichteten Parteien stehen sonst immer geschlossen zusammen. Ich habe gesagt, dass von linker Seite nur Sparanträge die Sicherheit betreffend kommen. Darunter ist auch die SP gefallen, denn die beiden Anträge kamen von der AL und den Grünen.

Felix Moser (Grüne): Wir sind auch für die Stelle und finden die Prävention in den Schulen sehr wichtig. Wir sind einfach der Ansicht, dass man die zusätzliche Stelle problemlos durch eine Stellenübertragung schaffen kann. Dies muss nicht durch eine

Stellenübertragung bei den Frontpolizisten passieren. Es gibt gesamthaft knapp 2000 Angestellte, die bei der Stadtpolizei arbeiten und man kann durchaus dort eine Stellenübertragung in Betracht ziehen.

S. 203	25 2520 3010 0000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
075.	Antrag Stadtrat				216 221 000	Mehrheit
			105 000		216 116 000	Minderheit
						Enthaltung
						Stefan Urech (SVP) Referent, Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Florian Utz (SP) Präsident Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Raphaël Tschanz (FDP) Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP)
						Begründung: Stelle «Kommissariat Prävention für digitale Kriminalität Schulen» durch Stellenübertragung schaffen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 076.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Markus Hungerbühler (CVP): *Beim Budget 2017 hat man für die Öffentlichkeitsarbeit 386 000 Franken eingestellt und das sollte man nicht erhöhen. Man sollte den Betrag auf dem Stand des Budgets 2017 belassen. Es gibt schon viele solcher Öffentlichkeitsarbeiten mit temporären Aktionen und es gibt keinen Grund, dass man dies weiter ausbaut.*

Derek Richter (SVP): *Wir wollen nicht nur zurück auf das Vorjahr, sondern fordern auch eine Reduktion von 108 700 Franken auf neu 300 000 Franken vor. Die Polizeiarbeit ist Öffentlichkeitsarbeit, doch an den Messen sehen wir keinen Mehrwert von unserer Polizeiarbeit. Auch die Bettelkampagnen von den organisierten Bettelbanden sehen wir nicht in diesem Zusammenhang. Die Minderheit 2 beantragt deshalb diese Kürzung.*

Florian Utz (SP): *Die Mehrausgaben sind für Präventionsmassnahmen in Zusammenhang mit Gewaltdelikten vorgesehen. Die Mehrheit hält es für sinnvoll, dass*

man mehr in die Prävention investiert. Wenn man um 22 000 Franken kürzt, wird nicht die Sicherheit in der Stadt zusammenbrechen, trotzdem hält die Mehrheit die Mehrausgaben für richtig.

S. 204	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3107 0000	Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
076.	Antrag Stadtrat				408 700	Mehrheit
			22 000		386 700	Minderheit 1
			108 700		300 000	Minderheit 2
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP) Christian Traber (CVP) Referent, Shaibal Roy (GLP) Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaél Tschanz (FDP)

Begründung: CVP: Budget 2017 sollte ausreichen; SVP: Weniger Öffentlichkeitsarbeit

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(408 700)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(386 700)	19 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(300 000)	<u>43 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 62 gegen 43 Stimmen (bei 19 Enthaltungen) zugestimmt.

Antrag 077.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Man will auf diesem Konto Geld für Dritte sprechen, damit diese ihre Radarfallen wieder an neuen Orten aufstellen können. Wenn man Sicherheitspolitik betreiben will, sollte man angeben, an welchen Orten sich Radarfallen befinden. Dann hält man sich bewusst daran und fährt auch nicht aus Versehen ein paar Kilometer zu schnell. Es geht um die Sicherheit und nicht darum, Geld zu generieren. Will man ganz gute Sicherheitspolitik betreiben, installiert man gar keine Radarfallen. Dagegen aber Ampeln, die die Geschwindigkeit anzeigen und blinken, wenn man ein paar Kilometer zu schnell ist. Es geht nicht darum, dass man durchrast, sondern einfach in der Konzentration einmal nicht darauf geachtet hat. An gefährlichen Stellen kann man den Autofahrer mit blinkenden Ampeln auf die Geschwindigkeitsübertretung aufmerksam machen. Dieser wird sich sofort daran halten, was eine grössere Wirkung erzielt. Hat man nur eine blitzende Anlage, dient dies der Sicherheit überhaupt nicht. Die semimobilen Anlagen will man an einem neuen Ort in Stellung bringen, möglichst dort, wo man es nicht erwartet. Das trägt überhaupt nicht zur Sicherheit bei, sondern nur zur Einschüchterung. Man legt sich dort irgendwie auf die Lauer. Das kann man nicht mit Sicherheitspolitik in Einklang bringen, sondern nur noch mit Finanzpolitik. Man möchte möglichst viele Bussen generieren, insbesondere auch von korrekten Autofahrern.

Florian Utz (SP): Ich habe noch nie gehört, dass die Stadtpolizei Autofahrerinnen und Autofahrer büsst, die sich korrekt verhalten. Wenn die Radarstationen nicht umgestellt werden, wenn semistationäre Anlagen zu stationären Anlagen werden, merken sich die Autofahrerinnen und Autofahrer, wo die Anlagen sind und halten sich dort an die Geschwindigkeit. An anderen Orten aber nicht. Die Mehrheit anerkennt die Tatsache, dass im Autoverkehr jedes Jahr mehr Menschen ums Leben kommen, als durch Gewaltdelikte. Selbstverständlich heisst es nicht, dass man nichts gegen Gewaltdelikte unternehmen soll. Wir haben vorher gegen einen Abbau der Stellen bei der Stadtpolizei gestimmt. Aber wir dürfen auch bei der Verkehrssicherheit nicht wegschauen. Genau das fordert die SVP. Dass man die Radarkontrollen nur noch an fixen Orten betreibt, sich für einige Meter an die vorgegebene Geschwindigkeit hält und danach wieder zu schnell fährt. Das ist ein Abbau der Sicherheit, welche die Mehrheit so nicht unterstützt.

S. 205	25 2520 3180 0000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter
--------	-------------------------	---

Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
--------------	------------------	--------	---------

077.	Antrag Stadtrat	3 790 400	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangi- nes (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	150 000	3 640 400	Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
	Begründung: Semistationäre Anlagen weniger oft verschieben			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 078.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stephan Iten (SVP): *Das Ertragskonto der Ordnungsbussen ist kein Konto, das ins Budget gehört. Deshalb haben wir einen Motion eingereicht, die fordert, dass man das Konto zukünftig anders verbucht. Jedes Jahr wird das Konto immer mehr erhöht. Die Polizisten werden auf die Strasse geschickt, um die Autofahrer zu ärgern und um diese unverhältnismässig wegen Kleinigkeiten zu büssen. Zudem werden auch immer mehr automatische Überwachungsgeräte gekauft und aufgestellt. Für das nächste Jahr sind bereits wieder über zwei Millionen Franken für Neuanschaffungen von solchen Geräten budgetiert worden. Es geht Stadtrat Wolff schon lange nicht mehr um die Verkehrssicherheit. Es geht ihm darum, den Autofahrer zu ärgern, auszunehmen und die Stadtkasse zu füllen. Seit er sogar dabei ertappt worden ist, dass die Blitzeanlagen an Orten stehen, die rein gar nichts mit Verkehrssicherheit zu tun haben, hat er umgehend seine Begründungen geändert und nennt sie nun neu: Präventionsmassnahmen. Aufgrund diverser Anfragen wird erläutert, dass die sogenannten Präventionsmassnahmen für ungefähr zehn Jahre pro Standort eingesetzt werden. Wir haben die Überwachungsgeräte zusammengezählt, die seit über zehn Jahren an ihrem Standort stehen und fordern, dass diese jetzt wieder entfernt werden. Wenn man all die Anlagen zusammenrechnet, kommt man so auf mehr als sieben Millionen Franken weniger Einnahmen durch Ordnungsbussen. Zusätzlich soll auf der Europabrücke wieder Tempo 60 gelten, dazu haben wir ein entsprechendes Postulat eingereicht. Damit entfällt an diesem Standort nochmals etwa eine Million Franken durch Bussen. Insgesamt wollen wir auf dem Bussenkonto acht Millionen Franken weniger einnehmen. Der Kontrollwahn und der Bussenterror soll endlich wieder gesenkt werden.*

Florian Utz (SP): *Was soll daran schlecht sein, wenn Stadtrat Wolff mehr Polizisten auf die Strasse schickt? Ich finde es gut, wenn sie nicht hinter dem Schreibtisch sitzen,*

sondern draussen für Sicherheit sorgen. Auch die Sicherheit im Strassenverkehr gehört dazu. Vorher forderte die SVP, man solle nicht mehr semistationäre Anlagen installieren, sondern stationäre Anlagen. Damit man sich die Standorte merken kann, dort kurz das Tempo reduziert und nachher wieder schnell weiterfährt. Jetzt wird verlangt, dass man genau die stationären Anlagen abbaut. Die SVP ist also grundsätzlich gegen Radarkontrollen. Man kann dieser Meinung sein. Die Mehrheit ist aber dezidiert anderer Meinung. Geschwindigkeitskontrollen tragen zur Sicherheit bei. Zur Sicherheit vor eigentlichen Raserdelikten, aber auch weil man sich konzentrierte Autofahrerinnen und Autofahrer wünscht. Und nicht unkonzentrierte Autolenker, die nicht mit einer Busse rechnen müssen und denen deshalb die genaue Geschwindigkeit egal ist. Die Mehrheit unterstützt die Radarkontrollen.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Wir haben vor einigen Monaten ein Postulat eingereicht, das mehr Verkehrskontrollen bei den Velofahrern gefordert hat. Dies zu ihrer eigenen Sicherheit, weil die Velounfälle zunehmen. Wir haben damals schon gewusst, dass der Antrag nicht durchkommt. Aber wir haben auf diesen Moment gewartet, wo bewegende Voten für die Blitzanlagen gehalten werden, in denen ihre Wichtigkeit in Bezug auf die Sicherheit betont wird. Hier gilt plötzlich nicht mehr, was für die Velofahrer gilt. Wir haben gefragt, wie viele der Blitzanlagen an Strassen in der Nähe von Kindergärten, Schulhäusern oder Altersheimen stehen. Es sind noch nicht einmal die Hälfte. Warum wurde unser Postulat zur Erhöhung der Sicherheit von Velofahrern damals abgelehnt, wenn man jetzt das Gegenteil behauptet, nämlich dass mehr Kontrolle die Sicherheit erhöht?

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Ich habe nicht direkt den Abbau von stationären Radaranlagen gefordert. Ich habe gesagt, es sei viel wirkungsvoller, wenn man dort blinkende Anlagen installiert, die die Geschwindigkeit genau anzeigen. So, dass man sich gewahr wird, dass man ein paar Kilometer zu schnell ist. Der konzentrierte Autofahrer achtet auch auf die Strasse und starrt nicht immer nur auf den Tacho, ob er nicht drei Kilometer zu schnell ist. Denn bei den neuen Anlagen liegt die Toleranz nur noch bei drei Kilometern. Wenn man aus Sicherheitsgründen einfach ein bisschen langsamer fährt als Tempo 50, weil man noch auf die Strasse achtet, schaltet der Autofahrer dahinter sofort seine Lichthupe ein. Oder aber man wird von der Polizei angehalten, gefragt, warum man so langsam fährt und darf noch einen Alkoholtest machen. Die Ordnungsbussen in der Höhe von 62 Millionen Franken wurden im Vergleich zum letzten Jahr wiederum um zwei Millionen Franken erhöht. Dies, weil man mehr Einnahmen generiert hat. Dadurch setzt man das Budget wieder höher an und versucht dann, dieses als Zielvorgabe wieder zu erreichen. Deshalb muss man die Ordnungsbussen ganz anders behandeln. Man sollte sie auf eine Million Franken festsetzen, den Rest als ausserordentlichen Ertrag verbuchen und dann zur Schuldentilgung einsetzen. Das ist genau der Inhalt des von uns eingereichten Postulats. Wenn man mit den Bussen Schulden abbaut, die man tatsächlich einzieht, wäre es nicht mehr so attraktiv, den Autofahrern nachzustellen. Die Bussen kommen durchaus dadurch zustande, weil einige Autofahrer es darauf ankommen lassen. Es gibt aber auch viele Fälle, die anders gelagert sind. In den Ordnungsbussen sind auch

solche, die materiell überhaupt nicht gerechtfertigt sind. Bei den sogenannten subventionierten Blaue-Zone-Parkplätzen stellt die Stadt, wenn sie baut, diese Parkplätze mit Baumaterial zu. Wenn dann jemand bei Nacht und Nebel das Auto eine Kreuzung weiter abstellt und dieser Ort eine andere Postleitzahl hat, bekommt der Fahrer eine Busse. Diese wird selbstverständlich nicht zurückgezogen, weil sie formal und juristisch korrekt ist. Nur von der Regelung her ist sie völlig unnötig. Man schafft somit ein Ordnungsbussenregime, das mit dem gesunden Menschenverstand nichts mehr zu tun hat, sondern nur reine Finanzpolitik ist. Das ist das Problem mit dem Ertrag aus Ordnungsbussen. Das Geld wird wieder an unnötigen Orten ausgegeben. Man hat die Einnahmen budgetiert und muss sie nicht zur Schuldentilgung einsetzen.

Stephan Iten (SVP): Uns wird schon den ganzen Nachmittag unterstellt, wir seien gegen die Sicherheit und die Polizisten, die auf der Strasse eingesetzt werden. Das stimmt doch gar nicht. Wir haben ganz klar gesagt, wir reden hier von den automatischen Verkehrs-Blitzanlagen, dort würden wir gerne Bussen streichen. Natürlich sollen die Polizisten draussen für Sicherheit sorgen, Einbrüche verhindern und Kontrollen durchführen. Aber dann sollen die Polizisten sämtliche Verkehrsteilnehmer kontrollieren, auch den Velofahrer, der bei Rot durchfährt. Wir können gerne mehr Polizisten einstellen, die Strassendienst leisten. Aber die automatische Verkehrsanlage, die bei der geringsten Verfehlung blitzt, geht nicht. Dort müssen wir andere Lösungen finden. Ansonsten sind wir gerne bereit, einem Zusatzkredit zuzustimmen, um Blitzkästen anzuschaffen, die auch Velofahrer und Fussgänger blitzen.

S. 206 25 SICHERHEITSDEPARTEMENT
2520 Stadtpolizei
4370 0101 Ertrag aus Ordnungsbussen

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
078.	Antrag Stadtrat			-62 000 000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			8 000 000	-54 000 000	Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

Begründung: Geräte über 10 Jahre abbauen (Fr. 7 055 000), Europabrücke / Hardhof wieder auf Tempo 60 (Fr. 945 000)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 078a.

Stephan Iten (SVP) stellt folgenden Antrag zum Budget: Auf dem vorliegenden Investitionskonto werden seit 2016 Neubeschaffungen für automatische Verkehrskontrollen budgetiert. In den letzten Jahren haben sich die Blitzkästen rasant vermehrt und tun es weiterhin. Wir werden langsam aber sicher zu einem Überwachungs- und Bussenstaat. Natürlich gilt dies nur für den Automobilisten. Für alle anderen Kameras gilt der Datenschutz. Irgenwie paradox, dass das Überwachungsgerät für Autofahrer derart unterstützt und gefördert wird. Sind denn Autofahrer andere Menschen? Ständig redet man von internationaler Ausstrahlung. Die Ansammlung von automatischen Verkehrskontrollen in Zürich ist im Ausland weitaus bekannter als beispielsweise das Zürcher Jazzfestival. Wenn man die Leute von ausserhalb fragt, mit was sie Zürich in Verbindung bringen, kommt sehr oft die Antwort: Blitzkästen. Man könnte meinen, dem Stadtrat ginge es nur mehr um Busseneinnahmen. 65 Millionen Franken reichen ihm immer noch nicht. Für 2018 hat man nochmal 2,3 Millionen Franken für neue Radarkontrollen budgetiert. Wir wollen diese streichen, weil es davon schon genug in Zürich gibt.

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP): Die Frage ist: Sollen wir die Infrastruktur aufrechterhalten, um Ersatzneubeschaffungen tätigen zu können oder möchten wir es nicht? Der Antrag der SVP ist folgerichtig. Wenn man gegen Radarkontrollen ist, möchte man auch keine neuen Radargeräte anschaffen. Unsere Haltung ist genau die gleiche wie bei den Anträgen vorher. Wir sind für die Verkehrssicherheit und wenn jemand zu schnell fährt, nur ein paar Stundenkilometer infolge von Unaufmerksamkeit, dann muss auch ein ansonsten vernünftiger Autofahrer 40 Franken Ordnungsbusse zahlen. Wenn jemand 20 km/h oder 30 km/h zu schnell ist, tut es mehr weh und das ist auch richtig so. Weil dabei viel passieren und anderen Verkehrsteilnehmern noch viel mehr wehgetan werden kann. Im Interesse der Verkehrssicherheit möchte ich deshalb darum bitten, den Antrag abzulehnen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es geht nicht nur um Ersatzneubeschaffungen, dafür sind es zu viele Anlagen. Auch an Orten, wo es bisher keine gegeben hat. Das sind ganz klar Neuanschaffungen, die man sich leisten kann, weil man sie wieder aus den budgetierten Erträgen finanziert hat. Ob dies zur Sicherheit beiträgt, wage ich zu bezweifeln. Ich habe auch schon bei Rot an einer Ampel gehalten und wurde von rechts und links von zwei Velofahrern überholt. Das ist die Realität. Es ist nicht nur so, dass sich die Velofahrer selber bei solchen Aktionen verletzen. Es kann sein, dass ein Autofahrer ihnen ausweichen will, um einen Unfall zu verhindern, den er nicht selber verursacht hat. Falls dann etwas passiert, wird der Autofahrer zur Rechenschaft gezogen, wegen Nicht-Beherrschens des Fahrzeugs.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: *Es sind keine Neuanlagen. Wir haben eine Art historischer Radarfallen-Kompromiss. Wir haben seit Jahren gleich viele. Das, was man als Neuanlagen empfindet, sind solche, die umgestellt worden sind. Wenn sie umgestellt werden, entspricht dies häufig einem Wunsch aus der Bevölkerung. Wir stellen die Anlagen dort auf, wo sie gewünscht werden und wir es für nötig empfinden. Es gibt keinen Zuwachs an automatischen Verkehrskontrollanlagen.*

S. 207	25 2520 501425	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffung von Maschinen, Geräten und Einrichtungen für wissenschaftlich-technische Dienste			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
078a.	Antrag Stadtrat		2 307 000		
				4 027 000 1 720 000	Stephan Iten (SVP)
		Begründung:	Verzicht auf Beschaffung neuer Anlagen für die automatische Verkehrskontrolle.		

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 81 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 079.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Derek Richter (SVP): *Beim Antrag 079. schlägt die Minderheit eine Verbesserung um 40 000 Franken vor. Die Dienstabteilung will zwölf Hochleistungsscanner vom Typ Kodak für einen Betrag von 35 000 Franken anschaffen. Der Normalpreis eines solchen Geräts liegt bei 2 200 Franken. Das, obwohl heute praktisch alle Vorlagen digital vorhanden sind, man muss keine Gesetzestexte mehr aus Büchern herausscannen. Man möchte auch Hochleistungsdrucker vom Typ Lexmark anschaffen. Diese sind aber nicht duplex- und netzwerktauglich. Wir schlagen deshalb eine Reduktion vor. Drei Scanner reichen ebenso wie zwei Hochleistungsdrucker. Von der Insellösung, dass die Strafbefehle in einem Spezialformat und nicht in normalen DIN-A4-Format gedruckt werden sollen, halten wir gar nichts. Die Dienstabteilung kann, wie jede andere Dienstabteilung auch, normales Papier verwenden. Stimmen Sie mit der Minderheit.*

Florian Utz (SP): *Das Stadtrichteramt kann auch ganz normal in DIN-A4 drucken. Heute sieht ein Strafbefehl so aus, dass auf einem DIN-A4-Blatt der Tatbestand und die Begründung beschrieben ist und wann welche Übertretung stattgefunden hat. Unten angehängt ist noch der Einzahlungsschein. Man könnte zwei DIN-A4-Blätter nutzen, um auf einer Seite das Vergehen zu beschreiben und auf der anderen Seite den Einzahlungsschein abzubilden. Dann benötigt man aber mehr Papier, wodurch sich die Druckkosten erhöhen. Die Mehrheit findet einen höheren Papierverschleiss und höhere*

Das Stadtrichteramt ist nicht unglücklich mit der bisherigen Software. Die OIZ dagegen ist der Meinung, dass man aus Sicherheitsgründen die Software ersetzen muss. Das kostet rund 700 000 Franken, der Betrag ist im Budget eingestellt. Die SP ist gemeinsam mit der SVP der Meinung, dass es zu teuer ist, wenn man für eine Software, die rund 700 000 Franken kostet, fast 200 000 Franken ausgibt. Dies, nur um zu prüfen, welche Dienstabteilung recht hat. Hier kann ein Dialog geführt werden und wenn man dann zum Schluss kommt, es ist eine Software nötig, soll man die 700 000 Franken ausgeben. Jedoch sollte man nicht vorher noch soviel Geld ausgeben, um die Meinungsverschiedenheiten zweier Dienstabteilungen zu klären. Der Betrag stand vorher bei 166 000 Franken, die Kürzung des Tabelleneintrags wird aber durchkommen. Wir wollten nicht kummulativ kürzen, das wäre zuviel gewesen. Weil die SVP aber nun den Betrag angepasst hat, stimmen wir zu.

Michael Baumer (FDP): *Wir sind sehr dafür, dass man die 700 000 Franken im Budget auf den Anträgen 081. und 082. einstellt. Es macht keinen Sinn, nochmals herauszufinden, ob man jetzt wirklich etwas Neues benötigt. Darum wechseln wir in die Minderheit.*

Christian Traber (CVP): *Wir schwenken auch zur Minderheit. Wir finden es ebenfalls richtig, dass das Stadtrichteramt die Software ersetzen kann. Aber das Verhältnis der Kosten einer Zweitmeinung zu den effektiven Kosten scheint uns doch ein wenig zu hoch.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: *Es geht nicht um 700 000 Franken, sondern um ein grosses Projekt von mehreren Millionen Franken. Deshalb ist es gerechtfertigt, nachdem man sich mit der OIZ nicht auf ein weiteres Vorgehen einigen konnte, dass man noch eine Drittmeinung einholt. Angesicht der grossen Investition von mehreren Millionen Franken ist der Betrag durchaus sinnvoll. Man gewinnt nachher eine Software, die über fünf bis fünfzehn Jahre Bestand hat oder noch länger. Es ist durchaus richtig, noch einmal Geld zu investieren, um eine neutrale Meinung zu bekommen. Diese gibt Auskunft darüber, ob man zur OIZ wechseln soll oder ein eigenes Projekt weiterführt. Deshalb bitte ich darum, dass man das Geld für die Überprüfung der IT-Software in vollem Umfang gewährt.*

S. 210 25
2525
3189 0000

SICHERHEITSDEPARTEMENT
Stadtrichteramt
Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
080.	Antrag Stadtrat			566 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

28 / 38

110 000	456 000	Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
		Enthaltung	Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: Zurückstellen, bis gemeinsame Strategie festgelegt ist

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 006. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 110 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 88 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 081.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Derek Richter (SVP): Auch dieses Konto behandelt die Vergütung an die OIZ für IT-Leistungen. Begründet wird der Betrag mit einer Aufwandssteigerung durch eine Maturitätsanalyse. Das können wir nicht nachvollziehen. Die sogenannte Maturitätsanalyse, heisst es in der Antwort, könne kein abschliessendes Ergebnis ausweisen. Für eine weitere Strategie in Absprache mit der OIZ sind weitere 230 000 Franken eingestellt. Man versteht die Begründung nach wie vor nicht. Deshalb schlagen wir eine Verbesserung um 212 900 Franken auf neu 341 500 Franken vor.

Florian Utz (SP): Wir hielten 166 000 Franken, um die Streitfrage zwischen zwei Dienstabteilungen zu klären, nicht für sinnvoll. Hier geht es um den eigentlichen Auftrag für die Software. Dasselbe gilt dann auch für den Antrag 082. Die Mehrheit ist der Meinung, dass man Geld für eine Software ausgeben darf, wenn eine Erneuerung notwendig ist. Deshalb will die Mehrheit das Geld sprechen.

S. 210	25 2525 3910 0000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtrichteramt Vergütung an OIZ für IT-Leistungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
081.	Antrag Stadtrat				554 400 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

29 / 38

212 900

341 500 Minderheit

Stefan Urech (SVP)
Referent, Peter Schick
(SVP)

Begründung: Begründung zur Aufwandsteigerung durch Maturitätsanalyse unverständlich

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 082.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Derek Richter (SVP): Auf diesem Konto wird eine halbe Million Franken beantragt, obwohl das Projekt noch nicht steht. Die Minderheit fordert, dass das Geld gesamthaft gestrichen wird. Die Begründung sagt, dass zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht gesagt werden konnte, auf welchen Konten die Gelder für das Projekt Um- oder Neubau der IT-Applikation im Stadtrichteramt benötigt werden. So kann man nicht arbeiten, weshalb wir nicht bereit sind, das Geld zu sprechen.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit ist nicht der Meinung, dass man so nicht arbeiten kann. Wir sind der Meinung, dass man so arbeiten muss. Wenn man weiss, dass eine Ausgabe möglicherweise anfallen wird, muss man sie budgetieren. Es ist nicht ehrlich, nichts zu budgetieren, weil hinsichtlich des Kontos noch Unsicherheiten bestehen. Die Mehrheit ist der Meinung, dass das Stadtrichteramt hier alles richtig gemacht hat. Vielleicht führt dies noch zu einer Kreditübertragung. Die SVP würde noch mehr reklamieren, wenn ein Zusatzkredit beantragt würde. Dies mit der Begründung, man hätte zum Zeitpunkt der Budgetierung schon von der Anschaffung gewusst. Dann jedoch noch nicht alle Details gekannt und deshalb nichts eingestellt.

S. 211 25
2525
506200

SICHERHEITSDEPARTEMENT
Stadtrichteramt
Anschaffung IT-Anlagen Hardware

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
082.	Antrag Stadtrat			500 000	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		500 000		0	Minderheit Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

Begründung: Budgetieren, wenn Projekt steht

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 083.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Markus Hungerbühler (CVP): Hier will man zwei neue Stellen für Brandschutzexperten schaffen. Bis jetzt hatten wir 28 solcher Stellen. Die Minderheit 1 ist der Meinung, dass bei einer Effizienzerhöhung eine Stelle ausreicht.

Roger Tognella (FDP): Die Brandschutzrichtlinien haben sich 2015 geändert. Es gibt neu auch Funktionen in den Planungsteams, wo Brandschutzplaner notwendig werden. Deshalb sind wir der Auffassung, dass man hier zwei Stellen reduzieren kann.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit unterstützt den Antrag des Stadtrats. Wir sind uns alle einig, dass Brandschutz etwas Wichtiges ist. Dass Brände eine reale Gefahr für Leib und Leben sind. Letztes Jahr konnte man 140 Gebäude nicht auf Brandschutzvorschriften prüfen, obwohl man es hätte machen müssen. Der Personalmangel ist ausgewiesen. Demnach ist die Mehrheit bereit, die Stellen zu bewilligen. Beim Antrag von Markus Hungerbühler (CVP) gibt es noch einen Argumentationsspielraum, denn 140 Kontrollen sollte auch ein Brandschutzexperte machen können. Es ist auch so, dass wir am Anfang ein Postulat überwiesen und einen Budgetantrag genehmigt haben. Dieser sagt klar, dass man zehn Stellen im Sinne von Stabsstellen streicht, dies ist auch eine Stabsstelle im Sinne des Budgetantrags. Wir möchten hier nicht doppelt kürzen. Wir sind der Meinung, dass man auch zwei Brandschutzstellen schaffen kann. Wenn es nur eine ist, weil die andere dem Postulat zum Opfer fällt, können wir jedoch auch damit leben.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Die Stadt boomt und überall wird gebaut. Wir sind stolz darauf und freuen uns, doch ausgerechnet bei den Kontrollen der Brandschutzexperten will man sparen. Genau das war in London das Problem. Genau das kann bei uns nicht passieren, weil wir kontrollieren. Wir können aber jetzt schon nur zwei Drittel der Kontrollen machen, die wir machen sollten. Der Statthalter, der für die Oberaufsicht der Brandschutzregelung zuständig ist, rügt uns jährlich dafür, dass wir zu wenig Brandschutzexperten haben. Das Parlament jedoch findet, ein Stellenaufbau sei nicht nötig. Aufgrund welcher differenzierten Auseinandersetzung mit der Thematik kann man abschätzen, ob ein oder zwei Brandschutzexperten ausreichen? Ich verstehe nicht, warum man 100 000 Franken am Brandschutz und somit für die Sicherheit der Häuser

einsparen will. Das muss es uns doch wert sind, dass bei uns solche Katastrophen nicht passieren. Diese städtischen Angestellten machen die wichtigste Arbeit, wenn es um das Thema Wohnen und Sicherheit geht. Es widerspricht dem Wachstum der Stadt. Man kann in zehn Jahren wieder kürzen, wenn wir vielleicht nicht mehr einen solchen Bau-Boom haben. Dies jetzt zu machen ist falsch und verantwortungslos.

Michael Schmid (FDP): *Die Fakten wurden hier wild durcheinander gewirbelt. Der Bezug zu London ist schwierig, dort herrschten ganz andere Zustände. Nicht nur in Bezug auf den Brandschutz, sondern auch für die Bausubstanz der Liegenschaft. Es gibt eine ganz konkrete Liegenschaft, bei welcher der Statthalter den Stadtrat in Bezug auf den Brandschutz unter Druck setzt und zwar beim Koch-Areal. Man sollte hier nicht durch faktenbefreite und theatralische Voten die Arbeit, die die RPK macht, inklusive seriöser Rückfragen, in der Art und Weise hinterfragen.*

Markus Hungerbühler (CVP): *Ich finde es persönlich ein wenig schwierig, wenn man London als Beispiel bringt. Wir wissen, dass dort sehr viel nicht korrekt abgelaufen ist. Das Haus hat lichterloh gebrannt und man hat sich im Vorfeld an gar nichts gehalten. Ich würde jetzt nicht die Zustände eines solchen Hochhauses in London mit jenen in Zürich gleichstellen. Wir haben einen guten Brandschutz, der auch gut arbeitet. Wir stellen einfach infrage, ob gerade zwei neue Stellen benötigt werden. Wir glauben, dass die Arbeit auch mit nur einer Stelle geleistet werden kann. Ich würde mich nicht auf die Aussage versteigen, dass die Brandschutzexperten in der Zentralen Verwaltung angesiedelt sind.*

Roger Tognella (FDP): *Es will niemand von uns an der Sicherheit sparen. Doch die Faktenlage der Brandschutzrichtlinien 2015 ist eine andere. Für den Brandschutz zuständig und verantwortlich ist primär der Eigentümer der Liegenschaft. Dieser nimmt seine Verantwortung auch wahr. Die Arbeit, die der Feuerpolizist macht, ist eine wertvolle Arbeit. Aber diese basiert bei allen Bauvorhaben immer darauf, dass die Fachplaner genau geplant haben. Der Feuerpolizist stellt am Ende fest, ob die Massnahmen durchgesetzt worden sind. Dazu werden periodisch meist mehrere Kontrollen benötigt. Doch auch die Abnahmekontrollen müssen wiederholt werden. Dass dies der Feuerpolizist machen muss, ist klar. Die Frage ist, wie er dies machen muss und mit welcher Effizienz man die Aufgabe erfüllt. Wir glauben, dass man erst die Prozesse straffen und sich auch über die Prozesse im Klaren sein müsste. Erst dann sollte man die Stelle aufbauen. Zuerst muss jedoch alles sauber organisiert und dann richtig umgesetzt werden. Eine Stabsstelle, wie sie die SP vorschlägt, will niemand. Wir wollen jemanden, der an die Front geht und kontrolliert, ob die brandschutztechnischen Massnahmen entsprechend der Richtlinien umgesetzt wurden. Ich habe noch nicht ganz verstanden, ob die SP nun zur CVP gewechselt hat oder bei ihrem Antrag bleibt.*

Thomas Schwendener (SVP): *Man muss priorisieren und nicht die Auflagen neu erfinden. Wo gibt es Sicherheitsbeauftragte in den eigenen Betrieben? Diesen kann man vertrauen und ansonsten haftet der Hauseigentümer. Man muss nicht etwas Neues erfinden, das eigentlich noch seine Gültigkeit hat. Deshalb ist es überflüssig, ob man eine oder zwei Stellen abmahnt.*

Walter Angst (AL): Zwei Fragen wurden gestellt, die mitnichten irgendwie eine Auskunft über die Notwendigkeit oder Nicht-Notwendigkeit der beiden Stellen geben. Es scheint im Wesentlichen darum zu gehen, dass bei Privaten weniger Kontrollen gemacht werden und man jetzt irgendetwas konstruiert. Ich finde dies speziell in der Vorbereitung, in der Argumentation und den Folgen. Man kann darüber reden, wieviel Personal notwendig ist. Doch man sollte sich zuerst informieren oder die zusätzlichen Fakten, die man hat, in der RPK offenlegen.

Florian Utz (SP): Die SP wechselt nicht zur CVP. Unsere favorisierte Lösung ist die Schaffung von zwei Stellen. Unsere zweitbeste Lösung ist eine Stelle. Die schlechteste Lösung sind keine neuen Stellen. Es ging um die Frage der Stabsstellen im Sinne des Postulats. Das Postulat hat eine sehr weite Definition von Zentraler Verwaltung und Stabsstellen. Als Beispiel wird die Stadtpolizei genannt, die neue Stelle des Präventionspolizisten, der in Schulen geht. Ob man die Stelle dazu zählt oder nicht, damit können wir auch leben. Es wurde gesagt, dass es viel zu viele Brandschutzvorschriften gibt. Doch die Stadt setzt nur um, was der Kanton vorgibt. Wenn man meint, es gäbe zu viele Vorschriften, muss man nicht in der Stadt Stellen abbauen, sondern beim Kanton über die Regulierungen diskutieren. Man muss dies dort machen, wo die Regulierungen geschaffen werden und nicht dort, wo sie umgesetzt werden.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Die Volatilität der Rednerliste ist bemerkenswert. Besonders dann, weil es um einen relativ kleinen Betrag geht. Es ist anscheinend ein sehr emotionales Thema. Eigentlich könnte man das Ganze, angesichts der knappen Mittel, viel einfacher handhaben. Es geht einfach um die Setzung von Prioritäten. Wenn zutrifft, was wir gehört haben, warum setzt man dann die Prioritäten nicht anders? Ein bisschen weniger Parkbussen-Kontrollpolizei und dafür mehr Investitionen bei der Feuerpolizei. Dann hätten wir mehr erreicht für die Sicherheit.

Eduard Guggenheim (AL): Wenn ich an die Gammelhäuser denke, bin ich nicht ganz davon überzeugt, dass alle Eigentümerinnen und Eigentümer ihre Verantwortung wahrnehmen. Ich bin froh, wenn die Feuerpolizei Kontrollen durchführt. Die Experten nehmen sich Zeit und haben konstruktive Lösungen und Ideen, die bei der Umsetzung helfen. Das würde massiv reduziert. Vor allem hätten die Berater keine Zeit mehr, um anständig und umfangreich zu beraten. Deshalb ist für mich ganz klar, dass die beiden neuen Stellen nötig sind. Hier spart man am falschen Ort.

Samuel Balsiger (SVP): Wir sind es gewohnt, dass in diesem Saal linkspopulistische Vorstösse und Voten ausgebreitet werden. Doch ein gewählter Volksvertreter sowie Departementsvorsteher sollte keine kleine Kürzung mit den 79 Toten in London in Verbindung bringen, nur um sein Votum zu stützen. In London war das Gebäude mit einem Aluminiumverbundstoff verkleidet, der leicht entflammbar ist. Es gibt weitere 600 Hochhäuser in England, die den gleichen Aluminiumverbundstoff für die Aussenfassaden verwenden. Falls jetzt irgendeiner der Brandschutzexperten in Zürich feststellen würde, dass eine grosse Anzahl von Häusern mit einem leicht entflammbaren Material verkleidet ist, sind dafür nicht zwei Stellen mehr notwendig. Ein

Antrag 084.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Derek Richter (SVP): Bei der Anschaffung von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen beantragt die Minderheit eine Verbesserung um 100 000 Franken. In der Vergangenheit ist immer eher zuviel budgetiert worden. Bei der Abschreibung der beiden Flugfeldlöschfahrzeugen geht man von 25 Jahren urplötzlich auf zehn Jahre zurück. Das ist uns zuviel. Eine Abschreibung nach fünfzehn Jahren entspricht eher der Realität.

Florian Utz (SP): Das Konto verzeichnet eine Kostensteigerung. Von 2,6 Millionen Franken 2016 auf 4,3 Millionen Franken 2017 und jetzt auf 8 Millionen Franken für 2018. Tatsächlich ist dann der Kürzungsantrag von 100 000 Franken vergleichsweise moderat. Trotzdem ist die Mehrheit gegen eine Kürzung auf diesem Konto. Die Mehrheit findet insbesondere auch die Begründung schwierig, dass das Konto nicht immer ausgeschöpft worden ist. Es ist doch gut, wenn man ein Konto nicht ausschöpft. Wir möchten hier nicht zu einer Strafkürzung ansetzen, weil nicht das ganze Geld ausgegeben wurde, das auf dem Konto war. Wir möchten nicht, dass die Dienstabteilungen am Jahresende das verbleibende Geld auf ihrem Konto ausgeben. Nur, weil sonst der Gemeinderat den Betrag, den man nicht ausgegeben hat, auch in den Folgejahren streicht. Auf dem Konto gibt es grössere Anschaffungen und deshalb manchmal Differenzen. Es ist aber auch für die Mehrheit völlig klar, dass dieses Konto nicht Jahr für Jahr um solche Beträge erhöht wird. Wir behalten die Entwicklung des Kontos im Auge.

Weitere Wortmeldung:

Shaibal Roy (GLP): Die GLP ist noch in der Enthaltung. Wir haben die Mehrheitsbegründung gehört und diese unterstützen wir mehrheitlich. Es ist vor allem wichtig, dass man nicht noch irgendwelche Abschreibungsverfahren andenkt. Schon gar nicht unmittelbar vor der Einführung des Harmonisierten Rechnungsmodells 2 (HRM2). Wir wechseln deshalb zur Mehrheit.

S. 217 25
2550
506100

SICHERHEITSDEPARTEMENT
Schutz und Rettung
Anschaffung Maschinen, Geräte, Fahrzeuge

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
084.	Antrag Stadtrat			8 042 100	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

35 / 38

100 000	7 942 100	Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
		Enthaltung	Shaibal Roy (GLP)
Begründung:	In den vergangenen Jahren wurde zu viel budgetiert. - 15 % Abschreibung auf 15 statt 10 Jahre (früher 25)		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 085., 086. und 087.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Anträgen 085., 086. und 087.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Markus Knauss (Grüne): Das Formel-E-Rennen wird vom Verein «e-mobil Züri» getragen. Roger Tognella (FDP) ist dort Präsident, Severin Pflüger (FDP) Quästor und Raphaël Tschanz (FDP) Geschäftsführer. Involviert ist auch die ePrix Zürich AG, mit der Severin Pflüger (FDP) und Roger Tognella (FDP) im Handelsregister eingetragen sind. Immerhin hat Raphaël Tschanz (FDP) gemerkt, dass eine gewisse Interessenbindung in dem Geschäft besteht und hat sich im Register der Interessenbindungen eingetragen. Wir haben dazu auch eine Stellungnahme der Rechtskonsultantin verlangt, ob die drei Herren nicht befangen wären. Andere Fraktionsmitglieder, die in Vorstandsstellungen aktiv sind, dürfen nicht an Entscheidungen von Beratungen mitwirken. Doch die drei Herren, die ganz direkt betroffen sind, dürfen offenbar im Budget mitentscheiden. Wir hoffen auch, zu erfahren, wie es um das Verhältnis zwischen dem Verein «e-mobil Züri» und der ePrix Zürich AG bestellt ist. Ferner möchten wir wissen, ob die FDP-Gemeinderäte für ihre Vereinstätigkeit entschädigt werden. Die Veranstaltung soll mitten in Zürich stattfinden. In anderen Städten finden solche Rennen eher am Stadtrand statt, bei uns muss der Event am See durchgeführt werden. Darüber freut sich eine Quartierbevölkerung, die sonst schon viele Veranstaltungen dort erdulden muss, nicht besonders. Auch der Stadtrat, der sonst immer betont, dass am See eigentlich zu viele Veranstaltungen stattfinden, hat den Anlass bewilligt. Obwohl die verkehrspolitischen Ziele der Stadt anders gelagert sind, hat der Stadtrat der freisinnigen Werbeveranstaltung für das Autofahren die Absolution erteilt. Wir wollen nicht mehr Elektroautos haben, sondern gesamthaft weniger Autos in der Stadt. Es passt zu dem Geschäft, dass wir einen Antrag in der Dienstabteilung Verkehr stellen können. Wir gehen aber davon aus, dass beispielsweise das Tiefbauamt, Grün Stadt Zürich, ERZ oder Schutz & Rettung Zürich möglicherweise auch involviert sind. Dort wird offenbar nichts budgetiert. Ich kann mir nur schwer vorstellen, dass bei der Abhobelung von Randsteinen das Tiefbauamt beim bekannten «Zürcher Finish» einfach eine Oberbauleitung einsetzt. Bei uns geht niemand auf die Strasse und kontrolliert, ob die Randsteine wieder richtig liegen, das machen die betroffenen Unternehmer. Ich

verstehe auch nicht, dass die AL aus staatspolitischen Überlegungen das Autorennen unterstützt. Wir bitten darum, die Beträge in der Dienstabteilung Verkehr als aktiven Beitrag gegen die überbordende Festhütte Zürich zu streichen und dem Autorennen den Stecker zu ziehen.

Stefan Urech (SVP): *Es geht um Mobilität der nachhaltigen, zukunftsorientierten, 2000-Watt-konformen Art: Um Elektromobilität. Die Faszination für Autorennen gibt es, nicht nur bei den drei Herren aus der FDP. Faszinationen unterscheiden sich. In anderen Parteien existiert sie für den Laufsport oder für die Street Parade. Auch da gibt es Menschen, die nicht verstehen, warum man die ganze Innenstadt dafür absperren muss. Doch wir machen es trotzdem, weil es andere Menschen gibt, die sich darüber freuen. Diejenigen, die sich immer progressiv nennen und vorwärts denkend, sollten nicht erzkonservativ auf ihren detaillierten Sicherheitsfragen beharren, die jetzt diesbezüglich im Raum stehen. Lehnen Sie den Sparantrag im Rahmen der Mehrheit ab.*

Weitere Wortmeldungen:

Michael Schmid (FDP): *Es wurde Kritik geübt an den Ausstandsregeln, doch im Budget ist kein Ausstand vorgesehen. Dann wurde am rot-grünen Stadtrat massive Kritik geübt, der die Bewilligung zu Recht erteilt hat. Zürich soll auch wieder einmal etwas Neues ausprobieren. Sonst wird immer über Visionen und Zukunftsgestaltung referiert. Jetzt liegt ein solches Projekt vor. Der Stadtrat hat dieses sicher sehr vertieft angeschaut, unter Berücksichtigung der umfangreichen Bewilligungsvoraussetzungen. Es ist jedoch das gute Recht der Grünen, dass ihnen die Veranstaltung nicht zusagt.*

Roger Tognella (FDP): *Ich wurde als Präsident des Vereins «e-mobil Züri» angesprochen. Unsere Wertvorstellungen fussen vor allem auf der Technologie. Mit der ETH als Forschungsstandort im Bereich Elektromobilität und Automobilindustrie ist Zürich affin für diese Thematik. Auch im Technopark gibt es ganz viele Zulieferfirmen, die sich irgendwie von der Verbrennungsmotorenwelt zur modernen E-Welt hin bewegen müssen. Es sind auch Arbeitsplätze, die hier in Zürich liegen. Mit 21 Millionen Fernsehzuschauern ist die Markensichtbarkeit, die man erreichen wird, auch beachtlich. Des Weiteren ist die Wirkung für den Tourismus, für Zürich selber, doch auch für den Kanton und den Wirtschaftsraum, relativ gross. Die Frage war, wie hoch wir im Vorstand entschädigt werden. 2015 hat der Präsident auf eigene Kosten jedem Vorstandsmitglied eine Flasche Wein und eine Salami spendiert und persönlich vorbeigebracht. 2016 hätte es dieselbe Entschädigung gegeben, aber weil wir nicht gewusst haben, ob das Projekt weiterverfolgt werden kann, haben wir darauf verzichtet. Severin Pflüger (FDP) ist 2017 aus dem Vorstand ausgetreten, deshalb ist seine Interessensbindung richtig dargestellt. Der Verein arbeitet ehrenamtlich, um das Projekt überhaupt auf die Beine stellen zu können. Es war nicht unsere Idee, damit gross Geld zu verdienen. Uns ging es darum, die Stadt ein Stück weit weiterzuentwickeln. Wir sind zweimal mit einer Anfrage an den Stadtrat gelangt. Ich attestiere dem Stadtrat, dass er die Diskussion aufgenommen hat, uns kritische Fragen gestellt hat und weiterhin das Projekt sehr eng begleitet. Auch der Dienstabteilung Verkehr gebührt unser Dank. Die verschiedenen Stellen der Stadt, die*

in das Projekt involviert sind, arbeiten diesbezüglich hervorragend zusammen.

Markus Kunz (Grüne): *Es mag schon stimmen, dass das mit der Ausstandspflicht rechtlich eine saubere Sache ist, aber es gäbe auch noch den Anstand. Das Problem des ganzen Rennens ist, dass die Stadt einmal mehr eine Woche lahmgelegt und im Kern behindert wird. Der ÖV muss umgeleitet werden und was man sonst noch für Umrüstungen benötigt, für einen Anlass, den niemand benötigt. Denn das Volk konnte sich noch nie zu der Sache äussern. Als gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter haben wir nur die Möglichkeit der Budgetdebatte, um das Anliegen überhaupt nochmals zu thematisieren. Wir sind davon überzeugt, dass es nicht richtig budgetiert worden ist und warten gespannt auf alle Zusatzkredite, die hinterher noch gewährleistet werden. Es ist ein Protest gegenüber einer reinen Machtdemonstration. Man hätte die Aufmerksamkeit auch ohne ein Formel-E-Rennen auf sich ziehen können. Beispielsweise durch eine Tagung an der ETH oder eine Messe. Doch nicht ein solches Rennen zu veranstalten, in einem Land, in dem Formel-1-Rennen verboten sind. Noch dazu in der grössten Stadt des Landes, die automobiltechnisch ganz eindeutig auf einem anderen Weg ist. Wir konnten nämlich kürzlich 53 % autofreie Haushalte feiern. Ausser natürlich, man will ein symbolisches Zeichen setzen. Man will zeigen, dass man in Zürich ein solches Rennen durchführen kann und nicht beispielsweise in Dübendorf. Wenn es soweit ist, werden wir sehen, ob die Veranstaltung so gut ist. Wir sind nach wie vor anderer Meinung.*

Florian Utz (SP): *Die SP unterstützt den Antrag der Grünen. Dies jedoch nicht mit der Begründung, dass wir die Veranstaltung per se nicht gut finden würden. Wir konnten uns schlicht keine abschliessende Meinung bilden, weil zu viele Fragen offen sind. Das Projekt wurde von Behördenseite aus nicht seriös angegangen. So wie es jetzt aufgegleist worden ist, können wir den Anlass nicht gutheissen. Schutz & Rettung Zürich hat noch nie einen Brand an einem Elektroauto bekämpft. Man weiss noch nicht einmal, wer den Brandschutz übernehmen wird. Ist es ein Privater oder Schutz & Rettung Zürich selber? In letzterem Fall müsste Schutz & Rettung Zürich innerhalb von sechs Monaten noch Feuerwehrleute ausbilden. Ein zweiter Punkt ist die Umwelt. Jede Grossveranstaltung ist mit einem gewissen Einfluss auf die Umwelt verbunden. Wir sind nicht grundsätzlich gegen Grossveranstaltungen, aber es ist wichtig, dass man die Auswirkungen kennt. Wir haben zu diesem Thema drei Fragen an den Stadtrat gestellt, die von ihm alle nicht beantwortet werden konnten. Der dritte Punkt, der völlig unklar ist, betrifft die finanzielle Sicherheit. Die Budgetierung ist völlig unklar, das Sicherheitsdepartement hat die Kosten grundsätzlich richtig ins Budget eingestellt. Das Tiefbaudepartement hat gar nichts eingestellt. Obwohl ich mir nicht vorstellen kann, dass ein Privater einfach irgendetwas Strassenumbauten in Auftrag geben kann, ohne dass der Auftrag vom Tiefbaudepartement kommt. Unklar sind auch die Totalkosten. Auf dem Stadtratsbeschluss sind die Kosten aufgelistet. Auch die 600 000 Franken des Tiefbaudepartements, von denen dieses sagt, dass die Kosten gar nicht hier anfallen. Dort gibt es einen Widerspruch zwischen dem Stadtratsbeschluss und dem Budget. Wir haben weiter bei den Kosten ein Total von 2,816 Millionen Franken, doch weiter vorne sind es 2,495 Millionen Franken, also 321 000 Franken weniger. Auf die Frage, was jetzt gilt, bekamen wir als Antwort den Verweis auf einen Rechenfehler. Das wäre aber*

38 / 38

relevant, denn wenn der höhere Betrag gilt, reicht die Defizitgarantie der Bank Julius Bär nicht. Auch wird immer gesagt, die Veranstaltung sei kostendeckend. Wir haben die Stadtpolizei und Schutz & Rettung Zürich gefragt, ob die Kosten weiterverrechnet werden. Beide Dienstabteilungen haben diese Frage verneint. Selbst hier ist das, was gesagt wird und das, was real ist, nicht übereinstimmend. Deshalb kann die SP-Fraktion dem Projekt nicht zustimmen. Wenn das seriös aufgegleist wird, die Fragen in punkto Sicherheit und Budgetierung sauber gelöst werden, der Stadtrat auch zum Thema Umwelt eine befriedigende Antwort gibt, setzen wir uns gerne nochmals mit der Thematik auseinander.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 182, Beschluss-Nr. 3589/2017).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat